



WIRTSCHAFTSBEIRAT
BAYERN

Positionspapier

Agenda Digitalisierung

Zehn Thesen für einen digitalen Ordnungsrahmen

Prof. Dr. Angelika Niebler, MdEP, Präsidentin Wirtschaftsbeirat Bayern

Dr. Christoph Clément, Mitglied der Geschäftsleitung Vodafone Deutschland

Vinzent Ellissen, Vorstand Junger Wirtschaftsbeirat Bayern

Thomas Hahn, Head of Technology Field Siemens AG

Prof. Dr. Edward G. Krubasik, Vorsitzender des Ausschusses Industrie, Technologie,
Digitalisierung im Wirtschaftsbeirat Bayern

Udo F. Littke, Managing Director ATOS Information Technology GmbH

Philipp Pollems, Vorsitzender des Ausschusses Unternehmenssicherheit im Wirtschaftsbeirat

Dr. Hans Schachtner, Generalsekretär Wirtschaftsbeirat Bayern

Eckhard Schwarzer, Mitglied des Vorstands, DATEV eG

Ralf Wintergerst, CEO Giesecke und Devrient

München, im Februar 2020

Ottostraße 5, 80333 München,

Tel: 089/ 24 22 86 0, Fax: 089/ 29 15 18, E-Mail: info@wbu.de

Präsidentin: Prof. Dr. Angelika Niebler, MdEP, Generalsekretär: Dr. Johann Schachtner

1. Investitionen und Innovationen

Deutschland und Europa müssen mit anderen großen fortschrittlichen Technologienationen Schritt halten!

Andere große Wirtschaftsregionen drohen, uns in der Innovationsdynamik abzuhängen und in der digitalen Welt davonzueilen. Im Jahr 2019 haben die USA 580 Mrd. \$ für Forschung und Entwicklung ausgegeben, China mit stark wachsender Tendenz 520 Mrd. \$ und Japan 194 Mrd. \$. Deutschland kommt immerhin noch auf 124 Mrd. \$. Europa insgesamt bleibt mit 408 Mrd. \$ aber weit hinter den USA und China zurück. Der Anteil der FuE-Ausgaben an der Wirtschaftsleistung liegt in Südkorea bei 4,35 Prozent, in Israel bei 4,04 Prozent, in Japan und Finnland bei 3,5 Prozent, in Schweden bei 3,29 Prozent, in Österreich bei 2,98 Prozent, in den USA und Deutschland bei 2,84 Prozent.

Bei der flächendeckenden Abdeckung im Mobilfunknetz und der Leistungsfähigkeit der digitalen Breitbandnetze ist Deutschland im internationalen Vergleich lediglich Mittelmaß und bei weitem nicht wettbewerbsfähig.

Deutschland und Europa müssen sich in ihrer Investitionskraft und ihrer Innovationendynamik mit den großen fortschrittlichen Technologienationen der Welt allen voran USA und China messen. Es muss unser Anspruch sein, in Deutschland und Europa und gemessen an der Wirtschaftsleistung mindestens genauso viel zu investieren, wie andere große Wirtschaftsräume. Wir müssen Schwerpunkte setzen auf Digitalisierung, Künstliche Intelligenz, digitale Infrastruktur sowie Start-Up-Unternehmen in der Informationstechnologie und der Künstlichen Intelligenz. Wir brauchen mehr Investitionen und Innovationen und wir müssen die Mittel so effizient wie möglich einsetzen. Die Wirtschaft braucht investitionsfördernde Rahmenbedingungen. Der aktuelle Rahmen zur steuerlichen Förderung von FuE ist zu limitiert, als dass er nachhaltige Impulse setzen könnte. Hier muss die Bundesregierung noch kräftig drauflegen, die steuerliche FuE-Förderung braucht mehr Breite und Tiefe. Die mit Hilfe des Steuerrechts ausgelöste Investitionswelle in die neuen Bundesländer nach der Wende 1989 ist ein Beispiel dafür, wie man mit steuerlichen Impulsen für eine tragfähige Wirtschaftsdynamik sorgen kann. In der Haushaltspolitik der EU und der Bundesregierung ist eine grundsätzliche neue Schwerpunktsetzung notwendig: Weniger Transferausgaben und weniger Subventionen – mehr Investitionen und mehr Mittel in Forschung, Entwicklung und Innovationen!

2. Digitale Infrastruktur

Deutschland muss seine digitale Infrastruktur zügig, effizient und kostengünstig auf internationales Spitzenniveau heben.

Deutschland liegt bei der flächendeckenden Abdeckung im Mobilfunknetz und der Leistungsfähigkeit der digitalen Breitbandnetze zurück. Es wird zu partiell und zu zersplittert investiert. Zu bürokratische Genehmigungsprozesse und politische Widerstände behindern einen zügigen Ausbau. Es fehlt an investitionsfördernden Rahmenbedingungen.

Wir brauchen eine ganzheitliche, investitionsfördernde Breitband- und Mobilfunkstrategie. Der Bund muss die Mittelansätze für den Ausbau der digitalen Infrastruktur noch einmal kräftig steigern und den Ausbau der Breitbandnetze, der Gigabit-Netze, der 5G-Netze zur obersten Priorität machen. Förderverfahren beim Breitbandausbau müssen einfacher und effizienter gestaltet werden. Genehmigungsprozesse sind zu beschleunigen, um eine leistungsfähige, wettbewerbsfähige Infrastruktur aufzubauen. Die Vergabe von Lizenzen darf den Unternehmen nicht die Mittel entziehen, die sie für die Investitionen in Netze brauchen. In Zukunft gilt es, auf intelligente Vergabeverfahren zu setzen. Deutschland und die EU müssen zugleich mit hohen Sicherheitsstandards eine sichere digitale Infrastruktur garantieren. Im Bereich Standardisierung und Zertifizierung für Cybersicherheit gilt es, international Standards zu setzen. Weil der Aufbau eigener digitaler Infrastrukturen notwendig ist, sollten weitere internationale Internetknoten und Groß/Cloud-Rechenzentren nach Deutschland geholt werden, wenn die Industrie in Realtime Datenverarbeitung in der Cloud realisieren soll.

Mit großen Mengen hochqualitativer Daten können wir KI zum Erfolg machen. Wir haben in Europa eine dezentrale Wirtschaft, also braucht Europa auch eine verteilte Dateninfrastruktur, in der sich auch die kleinen und mittelständischen Unternehmen in standardisierten Datenökosystemen bewegen können. Es wirft uns gegenüber anderen Wirtschaftsräumen zurück, wenn wir in Europa unterschiedlichste Rahmenbedingungen haben. Gemeinsame Ansätze wie Gaia-X können die infrastrukturellen Rahmenbedingungen und die notwendigen Datenökosysteme für konkrete Lösungen etablieren. Die Anwendungsszenarien und den Nutzen für die Wirtschaft im Kontext von Gaia-X gilt es zu beschreiben und vorzudenken – bevor eine fixe Infrastrukturebene eine flexible Applikationsebene behindert. Dieses Projekt muss auch eine positive Wirkung auf die europäische ITK-Standardisierung erzeugen. Nur durch konsequent aktive Standardisierungsbemühungen sind jegliche größere Ambitionen im Bereich der Digitalisierung, ob nun politisch oder privatwirtschaftlich, überhaupt zu erreichen. Standardisierung muss wesentlich mehr in den politischen Fokus rücken als bisher.

3. Vertrauen

Nur wenn digitale Identitäten sicher sind, kann Vertrauen in die digitale Welt entstehen.

Ängste von Bürgern, in der digitalen Welt abgehängt zu werden, und Ängste vor einer digitalen Spaltung der Gesellschaft sind ernst zu nehmen. Sicherheit persönlicher Daten und der Datensouveränität sind Voraussetzung für die Akzeptanz der Digitalisierung und der Künstlichen Intelligenz. Sichere Online-Identifizierungssysteme und -prozesse schaffen Vertrauen. Gleiches gilt für Datensicherheit, Datensouveränität sowie Datenqualität. Diese sind – auf sicheren digitalen Infrastrukturen – ein zentraler Standortvorteil im internationalen Wettbewerb. Gleichzeitig muss aber auch die Nutzung von Daten für Künstliche Intelligenz und damit der Zugang zu Daten möglich sein.

Die Politik muss einen Ordnungsrahmen für Datenmärkte etablieren. Für Bürgerinnen und Bürger sowie für Unternehmen und den Staat müssen in einer digital vernetzten Gesellschaft die existierenden Grundrechte und Pflichten intensiv geschützt und erfüllt werden. Diese müssen aber angesichts der Dynamik der Digitalisierung weiter ausgestaltet und interpretiert

werden. Wir benötigen „Prinzipien für eine grundrechtskonforme Digitalisierung“. So erschließt sich der Wert von Daten oft erst lange, nachdem diese erzeugt wurden. Die persönlichen Rechte der Bürger sind bedroht, wenn die Verschränkung verschiedener Datenpools dazu führt, dass, von Betroffenen unbemerkt, zusätzliche Informationen generiert und ausgewertet werden. Diese Verschränkung kann zu subtiler Lenkung und Beeinflussung missbraucht werden. Verteilte Systeme, in denen alle Daten weder beim Staat noch bei der Wirtschaft liegen und nur mit expliziter Zustimmung der Betroffenen anlassbezogen verwendet werden dürfen, ermöglichen einen weitgehenden Schutz. Zur Wahrung der demokratischen Ordnung muss Politik einen Ordnungsrahmen für Datenmärkte etablieren.

Sichere und nutzerfreundliche Identitäten bereiten den Weg in eine vertrauensvolle digitale Welt. Grundlage für einen datensouveränen Umgang in der vernetzten Welt sind sichere und nutzerfreundliche Identitäten. Dabei müssen übergreifende standardisierte Lösungen angestrebt werden. Im Idealfall hat jeder Bürger und jedes Unternehmen nur eine sichere Identität für fast alle Prozesse. Wenn zum Beispiel die im eGovernment diskutierten Servicekonten für Unternehmen zu einer Interoperabilität führen, die nur den „kleinsten gemeinsamen Nenner“ abdeckt, und diese noch dazu nur im Verwaltungskontext benutzt werden können, dann helfen sie nicht weiter, sondern machen die digitale Welt für die Nutzer komplexer als es die analoge vorher war. Niemandem wäre geholfen, wenn Unternehmer verschiedene digitale Identitäten bräuchten, um mit der Verwaltung zu interagieren (oder gar mehrere in verschiedenen Ländern und Gemeinden) und dazu noch weitere im privatwirtschaftlichen Kontext, z.B. im Gesundheitsbereich etc.. Digitale Identitäten sind ein Querschnittsthema und vor allem ein Thema der Standardisierung. Das kann nur von Wirtschaft und Politik über alle Branchen hinweg gemeinsam sinnvoll gelöst werden.

4. Mittelstand

Dem Mittelstand Angebote für eine erfolgreiche Digitalisierung machen, damit Deutschland den Trumpf Mittelstand im globalen Wettbewerb weiter ausspielen kann.

Deutschlands Erfolg in der Welt beruht nicht nur auf globalen Konzernen, sondern auch auf vielen Weltmarktführern im Mittelstand. Nur durch eine erfolgreiche digitale Transformation kann der Mittelstand seine Premiumstellung auf globalen Märkten auf Dauer erhalten und weiter ausbauen.

Dem Mittelstand fehlen aber oft Ressourcen und Kapazitäten, um die digitale Komplexität zu stemmen. Es gilt, administrative Barrieren und technische Hürden für den Mittelstand zu reduzieren. Digitale Prozesse, Geschäftsmodelle, Kapazitäten des Mittelstands sind auszubauen und die mittelständischen Betriebe sind hierbei zu begleiten. Rasche Realisierung von E-Government-Prozessen für alle Behörden-Interaktionen von Mittelständlern kann auch in Unternehmen Digitalisierung fördern. Anwendungsszenarien, Best-Practice-Austausch und Einbindung in Cluster-Netzwerke mit jungen IT-Unternehmen können dem Mittelstand die Digitalisierung erleichtern.

Der Mittelstand benötigt, um beispielsweise ambitionierte Projekte wie Gaia-X unterstützen und nutzen zu können, konkrete Anwendungen und Beispiele, um zu zeigen, wie sehr digitale

Prozesse oder smarte Produkte Prozesse vereinfachen und zwar in jedem Bereich einer jeden Branche. Digitalisierung ist noch viel stärker von der Anwendungsseite her zu denken. Pragmatische Lösungen, die das Leben von Unternehmen, aber auch von Bürgern, erleichtern, sind gefragt. Es gilt, administrative Barrieren und technische Hürden für den Mittelstand zu reduzieren. Digitale Prozesse und Geschäftsmodelle des Mittelstands sind zu fördern, personelle und technische Kapazitäten auf Wirtschafts- und Verwaltungsseite auszubauen. Der Mittelstand benötigt einen regulatorischen Rahmen mit eindeutigen Vorgaben und wenig Interpretationsspielraum.

5. Anwendungsfälle bzw. Use-Cases; Plattformen aus Europa

Digitalisierung ist noch viel stärker von der Anwendungsseite her zu denken. Wir diskutieren Digitalisierung zu abstrakt. Pragmatische Lösungen, die das Leben erleichtern, sind gefragt, statt Strategiediskussionen.

Wir müssen nicht nur forschen, wir brauchen konkrete Anwendungen, um zu zeigen, wie sehr digitale Prozesse oder smarte Produkte unser tägliches Leben erleichtern: im Bereich der Gesundheit, der Aus-, Fort- und Weiterbildung, im Job, im Büro, im Haushalt, im öffentlichen Leben, in der Landwirtschaft, im Handel, bei Mobilität. Machen statt diskutieren, z.B. E-Government in allen Behörden als Vorreiter nutzen, Lieferanten-Kunden-Logistik generell digital verwalten, die digitale Patienten-Akte endlich breit umsetzen, Verkehrsverbünde mit einfachen Apps, e-Payment mit Smartphone rasch in die Breite treiben. Pilotzonen für autonome Shuttle-Busse und Autobahnspuren für LKW-Platooning schaffen.

Plattformen aus Deutschland und Europa helfen zu digitaler Souveränität. Plattformen wickeln schon heute Prozesse mit hohem Anwendungskomfort, größtmöglicher Vernetzung sowie mobiler und geräteübergreifender Verfügbarkeit ab. Sie stehen aber durch den „Datenschatz“, den sie generieren, in einem Konflikt zur digitalen Souveränität des Einzelnen. Aktuell sind die größten Plattformbetreiber Unternehmen mit riesigen Heimatmärkten aus Asien und Amerika, die hundert Millionen von Kundinnen und Kunden ansprechen und sich dort in einem einheitlichen Rechtsrahmen bewegen. Sie entwickeln smarte Lösungen, skalieren diese und bieten diese dann auch in Europa an. Europa selbst, mit seinen diversen Rechtsräumen und Sprachen, ist stattdessen weder ein digital einheitlicher Markt noch ist eine schnelle Skalierung möglich. Wir brauchen aber, insbesondere im B2B-Bereich, sichere, vertrauenswürdige und nutzerfreundliche Plattformen aus Europa. Diese können auch dem Mittelstand helfen, seine Wettbewerbsfähigkeit im nationalen wie auch im internationalen Kontext zu behaupten. Sie können insbesondere jenem Teil des deutschen Mittelstands helfen, der pro Unternehmen nur wenige, aber insgesamt viele Millionen Mitarbeiter hat und vor allem auf dem heimischen Markt aktiv ist. Ihm muss die Komplexität der Digitalisierung von vertrauenswürdigen Partnern „abgenommen“ werden, damit er sich auf sein Kerngeschäft konzentrieren kann: Wenn die wirtschaftliche Zusammenarbeit zunehmend über Plattformen stattfindet, können bei passender regulatorischer Ausgestaltung verschiedene Pflichten quasi automatisch eingehalten werden. Protokollierungs- und Nachweispflichten, Archivierungspflichten, Prüfungspflichten, Datenschutzstandards und IT-Sicherheitsstandards: All diese Pflichten und Prozesse, die nicht mit dem Kerngeschäftsmodell des Unternehmers verbunden sind, können im administrativen, kaufmännischen und

steuerlichen Bereich auf Plattformen verlegt werden. Wir Europäer müssen definieren, was europäische Plattformen, Dienste und Produkte leisten können sollen, welchen Ansprüchen sie genügen sollen. Wie sie europäische Werte leben können. Und wie verschiedene europäische Plattformen ein gemeinsames Ökosystem, das Skaleneffekte erzielt, die Big Data und KI erst möglich machen, bilden können. Und dann müssen wir diese Lösungen nicht nur skizzieren, sondern auch entwickeln, bauen und wettbewerbsfähig betreiben. Ein Anfang zu europäischen Plattformen kann dabei Gaia-X sein. Europa muss deshalb auch die Datenschutzgrundverordnung mutig fortentwickeln und gemeinsam mit der Wirtschaft umsetzbare und rechtssichere Ansätze für die sichere Anonymisierung und Pseudonymisierung personenbezogener Daten entwickeln.

6. Forschungs-Netzwerke und Cluster

Deutschland und Bayern haben hoch leistungsfähige und innovative Netzwerke bestehend aus großen, mittelständischen und kleinen Betrieben und starken Institutionen in Wissenschaft, Grundlagenforschung, angewandter Forschung und beim Technologietransfer. Die Cluster-Netzwerke sind sehr erfolgreich.

Die KI-Förderinitiativen von Ländern, Bund und EU kündigen jeweils hohe Milliarden-Beträge an Förderung an. Die derzeit sich herausbildenden Forschungscluster geben Europa und Deutschland damit eine Chance international den Anschluss zu halten. Sie bergen aber auch die Gefahr, dass viele unabhängige Einzelanträge von Forschungsinstituten und Lehrstühlen zu unkoordinierten Ausgaben mit der Gießkanne führen. Hier muss durch Verpflichtung zur Vernetzung gegengesteuert werden, wie z. B. im Bayerischen Netzwerk für KI-Forschung (Koordinierte Industriekommunikation). In Deutschland könnten 5 große Netzwerke aus vielen Einzelinitiativen entstehen, die ungewollte Verdoppelungen vermeiden (bewusster Wettbewerb dagegen ist sinnvoll). Ein ähnliches Vorgehen bietet sich EU-weit an.

Existierende Cluster-Netzwerke gilt es für die digitale Transformation zu nutzen und auszubauen. Unsere 15 Spitzencluster sind jedoch zu sehr auf konventionelle Themen konzentriert und müssen ergänzt werden durch IT-, IoT- und AI-orientierte Cluster, die um die fünf großen deutschen AI-Forschungs-Cluster herum entstehen könnten. Folgende Ansätze sind hierfür geeignet:

- Eine AI- und IoT-orientierte Cluster-Initiative
- Public-Private-Partnership im Cluster Management
- Aufbau von IoT- und AI-Anwendungs-Zentren in den existierenden Clustern
- Kooperationen und Abstimmungen zwischen den Ländern,

7. Ausbildung, junge Talente, Reskilling

Der schnelle internationale Fortschritt der Digitalisierung, insbesondere der Anwendung Künstlicher Intelligenz wird zwei öffentliche Aufgaben in den Vordergrund rücken: Ausreichende Ausbildung von MINT-Talenten und Reskilling-Programme für Beschäftigte,

deren Aufgaben künftig teilweise oder ganz von Maschinen übernommen werden. In MINT-Fächern zeigte die TIMSS-Studie 2015 unter den 10- bis 15-jährigen über 40 Prozent Mathematik-Talente in Südkorea, dagegen nur 5 Prozent bzw. 2,5 Prozent in Deutschland und Frankreich. China zeigt in derselben Studie 24 Millionen Mathe-Stars. Hier wird die deutsche und europäische Industrie schon in dieser Dekade im internationalen Wettbewerb von einem signifikanten Nachteil an Talentmangel belastet werden, wenn nicht massiv umgesteuert wird durch Steigerung der Anzahl und Qualität von MINT-Lehrern und daraus folgend auch mehr Begeisterung der Jugend für MINT-Fächer. Anpassung der Lehrpläne, der Betreuungsquoten in MINT-Fächern, Stipendien und Sommerschulen für Lehrer und Schüler könnten dabei unterstützen.

Andererseits wird die Aufgabe der Vorbereitung unserer heutigen Arbeitnehmer auf die Digitalisierungswelle eine heute noch sehr unterschätzte Aufgabe werden. Die Zahlen dazu veröffentlichter Studien variieren stark. Mit heute bekannten Technologien könnten nur 5 Prozent aller Jobs vollständig, aber 50 Prozent aller Teilaufgaben in verschiedensten Berufen durch Maschinen übernommen werden. Breite Umschulungs-Programme und stärkere Betonung der Aufgaben für die wir menschliche Kreativität und menschlichen Kontakt schätzen, müssen Teil dieser Strategie sein. Hier muss die Planung von Staat, Unternehmen, Gewerkschaften und Sozialpartnern heute beginnen.

Die Politik muss mit einer echten Bildungsoffensive zur digitalen Mündigkeit beitragen. Digitale Kompetenzen sind bereits heute Grundlage für zahlreiche Berufe. Hieraus folgt aber nicht, ein Pflichtfach „Programmieren“ in der Grundschule oder in der Eingangsstufe weiterführender Schulen einzuführen oder Lehrer und Lerninhalte durch digitale Technik zu ersetzen. Es geht in der digitalen Bildung vielmehr darum, Kindern, Jugendlichen, Studenten, Auszubildenden und auch Berufstätigen und Lehrkräften das Rüstzeug zu geben, um sich als selbstbewusste und verantwortungsbewusste Individuen durch die digitale Welt bewegen zu können; sich der Chancen und auch Gefahren angemessen stellen zu können; sich der Bedeutung von Daten bewusst zu werden; sich digital vorhandenes Wissen effektiv zu erschließen und dieses fortzuentwickeln. Das intelligente Vernetzen von Wissen und die Fähigkeit, daraus Implikationen und strategische Maßnahmen abzuleiten, sind zentrale Talente, die in der digitalen Welt gebraucht werden. So erreichen wir individuell, aber auch gesellschaftlich „Digitale Souveränität“. Hierzu müssen wir zunächst die Ausbildung jener schwerpunktmäßig verändern, die andere ausbilden: Lehrer, Hochschullehrer, Berufsschullehrer, Fortbilder etc.. Berufsbegleitende Fortbildungs- und Weiterbildungsangebote sind insgesamt anforderungsgerecht und bedarfsorientiert auszubauen. Wir müssen jederzeit zu flexiblen Anpassungen der Aus- und Weiterbildungsangebote in der Lage sein. Die Digitalisierung soll nicht dediziertes Schulfach, wohl aber fachübergreifender, integrierter und natürlicher Bestandteil des gesamtdeutschen Bildungswesens werden. Das muss nicht bedeuten, dass wir Bildung in Deutschland vollständig vereinheitlichen. Aber auch im Bildungssystem gilt: Die Zeit für föderales Wettbewerbsdenken, das den wachsenden Rückstand zum Rest der Welt verkennt und oft wertvolle Zeit verstreichen lässt, ist vorbei. Das Internet kennt keine Grenzen.

8. Venture-Capital-Investitionen in Deutschland um den Faktor 7 steigern

Im Gegensatz zu früheren Technologie-Wirtschaftszyklen wird der AI-getriebene Wachstumszyklus global durch zwei neue Kräfte beschleunigt: Die Millionen Ingenieure und Wissenschaftler Asiens und das riesige globale Volumen von Venture Capital. In Prozent des Bruttoinlandsprodukts erhält Deutschland 7mal weniger Venture Capital als USA. In Europa erhalten Deutschland und Frankreich in den letzten 5 Jahren im Schnitt weniger als die Hälfte der UK-Venture-Capital-Investitionen (8,3 Mrd. € in 2018) pro Jahr. Im AI-Bereich werden Unterschiede noch größer. Die globalen Investitionen in AI-Start-ups in 2017 betragen nach OECD Analyse über 15 Mrd. \$, davon die Hälfte in USA, ca. ein Drittel in China und weniger als 1/10 in Europa. Mit stark steigenden China-Venture Investitionen droht Europa relativ weiter zurückzufallen. Die Unterschiede kommen i. W. aus VC-SteuerGesetzen und der Anlagekraft von Pensionsfonds.

In Deutschland und Bayern gibt es viele Start-Ups mit vielversprechenden Ideen. Aber viele kommen nach der Gründung im Inland nicht weiter, weil es für die Finanzierung der „zweiten Wachstumsphase“ an ausreichendem Wagniskapital fehlt. Manche verzichten auf Wachstum, manche gehen ins Ausland.

Es müssen Grundlagen geschaffen werden, damit gefördertes Wissen nicht ins Ausland abwandert, weil in Deutschland das Wachstumskapital nicht oder nur zu wesentlich schlechteren Konditionen zur Verfügung steht. Mit politischem Mut müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, um neue Ansätze erproben zu können, wie z. B. autonomes Fahren, digitale Pilot-Schulen oder regulatorische Sandboxes.

Um in der Gründerdynamik aufzuholen, sind die Venture-Capital-Investitionen in Deutschland um den Faktor 7 zu steigern. Die UK-SteuerGesetze für Venture Capital könnten hier Vorbild für Deutschland sein. Eine effektive und produktive Steigerung des Einsatzes von Mittel zur Gründerfinanzierung kann nicht über Staatsfonds erfolgen. Stattdessen müssen die Investoren, die das Risiko eingehen, in Start-ups zu investieren, durch adäquate steuerliche Erleichterungen/Abschreibungsmöglichkeiten auch für ihren Mut belohnt werden – Business-Angels, Venture Capital-Fonds, Versicherungen, Pensionsfonds etc.. Zudem brauchen unsere Start-ups eine schnellere Skalierungs-Chance im europäischen Markt, durch Vereinheitlichung technischer Vorschriften, einheitliche Gesetze für Start-ups und einheitliche unbürokratische Gründungs-Regeln.

9. E-Government und moderne Verwaltungsprozesse müssen mit der Digitalisierung in der Wirtschaft gleichziehen

Die Digitalisierung führt zu einem weitreichenden Struktur- und Prozesswandel auch auf allen Verwaltungsebenen. Deutschland fällt in Sachen digitale öffentliche Verwaltung im internationalen Vergleich aber weit zurück. Dabei kann gerade E-Government ein Helfer für den Mittelstand und ein Treiber der Akzeptanz digitaler Prozesse in der Bevölkerung werden. Lettland gilt hier in der EU als das Best-Practice-Land, das es einzuholen gilt.

Auch die Verwaltung muss etablierte analoge Prozesse hinterfragen und neue digital konzipieren. Wenn die Wirtschaft digital ist, erwartet diese, dass die Verwaltung Schritt hält und entsprechende Angebote schafft. So sollten Bund und Länder ihre 17 verschiedenen Verwaltungsportale z.B. zu einem Portalverbund verknüpfen und diesen auch gemeinsam pflegen. Darüber hinaus können Bund und Länder in vielen anderen Digitalisierungsbereichen als Initiator und Orchestrator wirken (digitale Patienten-Akte, Verkehrsverbünde mit einfachen Apps, e-Payment mit Smartphone, Pilotzonen für autonome Shuttle-Busse etc.).

Für den vollen föderalen Wettbewerb fehlen Deutschland auf dem Weg zu einer digitalen Verwaltung auf internationalem Top-Niveau die Ressourcen.

Um Künstliche Intelligenz erfolgreich in der Verwaltung zu etablieren, ist zunächst eine genaue Betrachtung der Problemlage notwendig. Denn auch hier gilt: Ein schlechter Prozess, der digitalisiert wird, ist ein schlechter digitaler Prozess. Während zum Beispiel Informationsbereitstellung oder die Eingangsbearbeitung von Anträgen automatisierbare Verwaltungsprozesse sind, ist es allerdings auch wichtig, anzuerkennen, dass es gerade in der Verwaltung Prozesse geben muss, die menschliche Einzelfallentscheidungen und individuelle Abwägungen immer benötigen werden. Das komplexe Geflecht an Zuständigkeiten und Verantwortungsebenen in der föderalen Digitalpolitik Deutschlands gilt es zu vereinfachen, zu straffen und zukunftsorientiert zu gestalten. Ministeriale und föderale Eigeninteressen wirken in einer digitalen Welt kontraproduktiv.

10. Digitalisierung – die Europäische Dimension

Die Herausforderungen der Digitalisierung und der Vernetzung gehen über nationalstaatliche Grenzen hinaus. In einer digitalen Welt ist es hinderlich und wirft uns gegenüber anderen großen Wirtschaftsräumen zurück, wenn wir verschiedene Rahmenordnungen in Europa haben.

Es ist wichtig, europäische Regelungen für den Binnenmarkt zu schaffen, wie z.B. durch den Cyber-Security Act, die DSGVO, europaweite Standards, einheitliche Erleichterungen für Start-ups und eine systemgerechte Besteuerung der Digitalwirtschaft, u. a. in einem gemeinsamen EU- Venture Capital-Markt. Nur so können wir auch in der digitalen Welt international schlagkräftig und einflussreich sein.